

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 88 848 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Gerd Walter stellt das Manifest der Sozialdemokratischen Partei Europas zur Europawahl vor: Wegweiser ins nächste Jahrtausend.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB fordert, das demokratische Burundi stärker zu unterstützen: Das afrikanische Land kann seine Probleme nicht ohne Hilfe von außen meistern.

Seite 4

Dokumentation

"Eingeschlossene Gesellschaft" - unter diesem Titel hat Dr. Peter Stadler, Soziologe und Schriftsteller in Bonn, einen Roman über die Menschen innerhalb der Bannmalle des Regierungsviertels geschrieben. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede, die Stadler bei der Präsentation seines Buches hielt: Das dynamische Paradoxon der "Eingeschlossenen Gesellschaft".

Seite 6

48.-Jahrgang / 213

8. November 1993

Wegweiser ins nächste Jahrtausend

Das Manifest der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zur Europawahl

Von Gerd Walter

Minister für Bundesangelegenheiten und Europa des Landes Schleswig-Holstein *)

Als 1989 die Mauer zusammenbrach, haben viele Propheten auch das Ende der Sozialdemokratie vorhergesagt. Auch unter uns haben zunächst zu wenige die große Aufgabe angenommen, die unserer Bewegung im neuen Europa zukommt. Und zu viele haben den Kopf in den Sand gesteckt.

Die Propheten haben geirrt. 1989 sind nicht die Ideale der demokratischen Sozialisten gescheitert - 1989 ist der Stalinismus zusammengebrochen, der diese Ideale mit Füßen getreten hat. Unsere Ideale leben. Sie leben in den Hoffnungen der Menschen im alten Osten Europas, die sich vom Liberalismus betrogen fühlen. Sie leben in den Sorgen der Menschen im alten Westen, wo die Schatten der Wohlstandsgesellschaft länger werden. Und sie leben auf diesem Kongreß unserer neuen Sozialdemokratischen Partei Europas, die zum ersten Mal gemeinsam in den Wahlkampf zieht.

Wir sind über 20 Mitgliedsparteien, wir sprechen mehr als ein Dutzend Sprachen, wir haben unterschiedliche Traditionen - und trotzdem haben wir mit dem heutigen Tag ein Manifest. Das ist ein gutes Omen für die Europawahl 1994.

Viele Menschen blicken in die Zukunft wie in die Mündung eines Geschützrohrs, hat ein deutscher Schriftsteller gesagt. Es ist eine Zeit, in der viele sich von der EG und von der europäischen Idee abwenden. Deshalb ist dies ein Manifest gegen die Vergeßlichkeit. Nicht vergessen, daß sich in der EG Völker versöhnen konnten, die Jahrhunderte blutige Schlachten geschlagen haben! Nicht vergessen, daß die EG Nationen zusammengeführt hat, die ihre Diktaturen überwunden haben! Nicht vergessen, daß Europa auch so aussehen könnte wie es heute in Sarajewo aussieht! Nicht vergessen und weitersagen: Die beste Garantie, daß die unselige europäische Vergangenheit nicht wieder aufsteht, ist die Europäische Union!

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlich für den Inhalt:
Rudolf Schwinn



Dieses Manifest ist eine Kampfansage an die rechtsradikalen Rattenfänger in allen unseren Ländern. Le Pen in Frankreich. Schönhuber in Deutschland. Haider in Österreich. - Sie alle sind eine Schande für Europa. Nach 1945 hieß es "Nie wieder Krieg". Ich füge heute hinzu: Nie wieder dürfen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in Europa eine Chance haben!

Dieses Manifest ist eine Verpflichtung für alle unsere Mitgliedsparteien, Europa zum tragenden Pfeiler ihrer politischen Strategie zu machen. Im Zeitalter von Tschernobyl, von Massenvernichtungswaffen und von internationalen Kapitalmärkten ist jeder unserer Staaten zu klein für die großen Probleme. Reformpolitik in einem Land ist eine Illusion. Unsere großen Ziele werden wir europäisch oder gar nicht erreichen.

Wenn die Wirtschaft international organisiert ist, wenn die Militärs international organisiert sind, wenn die Medien international organisiert sind, wenn die Mafia international organisiert ist, dann dürfen sich Europas Sozialdemokraten nicht mehr den Luxus nationaler Engstirnigkeit leisten!

Dieses Manifest ist unser Wegweiser in das nächste Jahrtausend. Die Botschaft der Konservativen an die Bürgerinnen und Bürger Europas heißt seit der Wende 1989 vor allem Markt. Aber wer macht die Menschen satt? Wer baut Eisenbahnen und Krankenhäuser? Wer saniert Flüsse und Kraftwerke? Wer sorgt für die Alten und Schwachen? Wer bringt den Kindern Lesen und Schreiben bei?

Der Traum des Jahres 1989 vom neuen Europa kann sehr schnell in einem Meer von Enttäuschungen untergehen. Und mit ihm auch das bisher Erreichte. Deshalb sagen wir: Ohne soziale Gerechtigkeit, ohne Solidarität und ohne ökologische Erneuerung hat das neue Europa keine Chance.

Europa ist für uns mehr als Markt

Die Zukunft in Europa gehört eben nicht den Chicago-Boys. Die Zukunft in Europa gehört einer sozialdemokratischen Reformpolitik. Für uns ist Europa mehr als Markt: Die großen europäischen Traditionen der Aufklärung und der Demokratie, der Menschenrechte und des Sozialstaates gehören dazu. Und die reiche kulturelle Vielfalt unseres Kontinents: Europa ist mehr als Denver und Dallas oder McDonalds und Coca Cola zu bieten haben. Es geht um das europäische Modell der sozialen Demokratie und des Sozialstaates. Wird es zum Leitbild des neuen Europa oder verschwindet es im Bermuda-Dreieck der Weltwirtschaft - das ist die Frage.

Mit diesem Manifest rufen wir deshalb zu einem europäischen Pakt für Beschäftigung von Zukunftsinvestitionen auf: 50 Millionen Menschen in der EG werden vom Staat unterstützt, weil sie arbeitslos oder ohne Einkommen sind. Welch eine Verschwendung: Nicht Arbeitslosigkeit bezahlen, sondern Arbeit und Ausbildung finanzieren - das muß doch unser Ziel sein. Die bessere Verteilung der Arbeit, die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds, die Gemeinsame Währung, ein Wiederaufbauprogramm für Mittel- und Osteuropa - das alles gehört dazu.

Vor allem muß Europa wettbewerbsfähiger werden: Mehr für Forschung und Industriepolitik tun - es geht nicht, daß Japan dabei mehr leistet als die ganze EG; Arbeit steuerlich entlasten und dafür den Verbrauch von Umwelt und Energie mehr belasten. Die Produktivitätsgewinne vorrangig in die Modernisierung der Produktion, in Ausbildung und in arbeitsintensive Dienstleistungen und nicht in den Konsum stecken.

Elementare ökologische und soziale Standards in den internationalen Handels-Abkommen verankern: Europäische Arbeiter dürfen nicht deswegen ihre Jobs verlieren, weil wir nichts gegen Kinderarbeit in Asien getan haben! Vor allem aber warnen wir davor, die großen Veränderungen in Europa zu mißbrauchen, um soziale Errungenschaften zu beseitigen. Wir müssen deshalb die Europäische Sozialcharta mit Leben erfüllen. Soziale Mindestnormen im Binnenmarkt, gute soziale Leistungen, starke Gewerkschaften und die Mitbestimmung der Betriebsräte, eine gute Ausbildung und hohe Umweltstandards - das sind keine Nachteile, sondern Vorteile des Standortes Europa.

Wir rufen zur Einsicht und Umkehr in der Umweltpolitik auf. Wann jeder Chinese, jeder Inder oder jeder Afrikaner soviel Energie verbrauchen, soviel Trinkwasser nutzen und soviel Müll produzieren würde wie jeder EG-Europäer, dann wäre unser Planet am Ende. Weniger Energie verbrauchen und erneuerbare Energien fördern; das FCKW-Verbot umsetzen; den Gefahren der Kernenergie begegnen; Abfälle vermeiden und wiederverwerten und nicht nach Osteuropa oder in Entwicklungsländer des Südens exportieren; mehr für den Schienenverkehr tun; unbelastete Nahrungsmittel produzieren - das ist nicht nur Umweltschutz, sondern schafft auch Arbeit. Laßt uns Frieden mit der Natur machen, bevor die Natur uns Menschen den Krieg erklärt!

Wir rufen schließlich dazu auf, Frieden durch Zusammenarbeit zu schaffen. Frieden ist mehr als militärische Sicherheit. Niemand kann in einem Meer der Armut auf einer Insel des Wohlstands in Frieden leben. Die wichtigste Aufgabe ist daher der Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, zwischen armen und reichen Staaten.

Menschenrechte und Demokratie weltweit fördern, Ursachen von Krisen und Konflikten bekämpfen, Frieden sichern und Frieden durchsetzen - dafür wollen wir nicht nur die EG, sondern auch die Vereinten Nationen stärken und reformieren.

In friedliche Problem-Lösungen investieren

In Europa haben früher die Supermächte die Sicherheitspolitik bestimmt. Heute müssen das die Europäer selbst tun. Unsere Antwort ist ein Sicherheitssystem für ganz Europa, das für Abrüstung und Rüstungskontrolle sorgt, das den Schutz von Minderheiten fördert und Grenzen garantiert. Jeder muß wissen: Wer Grenzen gewaltsam verschiebt, schließt sich aus der Gemeinschaft der Europäer aus. Bei alledem müssen die Prioritäten im Denken und Handeln neu gesetzt werden. Wieviel Kraft, wieviel Intelligenz, wieviel Phantasie, wieviel Technologie und wieviel Geld wird immer noch in die Entwicklung neuer Waffen und in militärische Aktionen investiert. Laßt uns doch endlich die gleiche Kraft, die gleiche Intelligenz, die gleiche Phantasie und Technologie und das gleiche Geld in friedliche Lösungen für die Probleme unseres Planeten investieren.

Für das alles brauchen wir eine starke Europäische Gemeinschaft.

- Eine EG, die sich mit dem Maastrichter Vertrag auf den richtigen Weg begeben hat.
- Eine EG, für die wir die Herzen vieler Bürgerinnen und Bürger aber erst noch zurückgewinnen müssen.
- Eine EG, in der Sozial- und Umweltpolitik wichtiger werden müssen: Eine Gemeinschaft, die den freien Markt für Banken und Versicherungen in 14 Monaten beschließt und die Europäischen Betriebsräte in 14 Jahren nicht regeln kann, ist nicht glaubwürdig.
- Eine EG, die den begonnenen Weg der Gleichstellung der Frauen jetzt erst recht beschreitet, damit sie nicht die ersten Opfer der Wirtschaftskrise sind. Es wäre übrigens schön, wenn alle unsere Parteien bei der Europawahl dem deutschen und französischen Beispiel folgen würden und die Hälfte der aussichtreichen Kandidatenplätze mit Frauen besetzten.
- Eine EG, die über Maastricht hinaus demokratischer werden muß. Wenn Ministerräte mehr Macht bekommen, dann muß auch das vom Volk gewählte Europäische Parlament mehr zu sagen haben.

Dabei müssen auch die Regionen und die nationalen Parlamente eine stärkere europapolitische Rolle spielen. Sie können vor allem dafür sorgen, daß ihre Regierungen in Brüssel nicht anders abstimmen als sie zu Hause reden. Und sie werden über den Grundsatz der Subsidiarität wachen. In Zukunft muß es heißen: So viel dezentrale Entscheidungen wie möglich. Aber europäische Regelungen so nötig.

Die große Aufgabe der nächsten Zeit heißt aber: Die Gemeinschaft erweitern und öffnen ohne die erreichte Integration aufs Spiel zu setzen. Denn Europa ist ja mehr als die EG. Prag, War-

schau oder Budapest - das sind genauso europäische Städte wie Paris oder Madrid. Und das Mittelmeer gehört genauso zu Europa wie die Ostsee. Wer wie wir den Reformstaaten Mittel- und Osteuropa den europäischen Weg ebnen will, muß ihnen jetzt vor allem Zugang zum Gemeinsamen Markt einräumen. Für einen Beitritt der EFTA-Staaten müssen noch einige Hürden überwunden werden. Wir sagen trotzdem heute schon Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen - herzlich willkommen in der Gemeinschaft.

Dieses Manifest ist wichtig. Aber wichtiger sind die Menschen, an die wir uns wenden. Und wie wir bis zur Europawahl mit Ihnen sprechen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Ich wünsche mir eine Sozialdemokratie, die ihre Fenster und Türen weit aufmacht für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung. Nicht Dogmen verbreiten, sondern den kritischen Dialog pflegen. So wie es Andre Gide gesagt hat: "Glaubt denen, die die Wahrheit suchen, zweifelt an denen, die sie finden." Eine Sozialdemokratie, die der Gesellschaft mit gutem Beispiel vorangeht: Eine Partei ist keine Versammlung von Heiligen. Aber die moralische Glaubwürdigkeit der politischen Klasse ist ein Fundament der Demokratie. Wer sich in Machtmißbrauch, Korruption oder illegale Parteienfinanzierung verstrickt, hat keinen Anspruch auf die Solidarität der Sozialdemokratischen Bewegung. Eine Sozialdemokratie, die die Menschen wichtiger nimmt als sich selbst. Vergessen wir nicht: Alle Macht in der Demokratie geht vom Volke aus und nicht von den Parteien. Einer solchen Sozialdemokratie gehört die Zukunft in Europa.

Knüpfen wir an unsere stolze internationale und europäische Tradition an: Wir sind die älteste Europabewegung des Kontinents. Männer und Frauen der Linken haben schon für Frieden und europäische Zusammenarbeit gearbeitet als andere die Völker Europas noch in blutige Schichten getrieben haben. Es ist wahr, daß sich Adenauer, Schumann und de Gasperi große Verdienste um Europa erworben haben. Aber es ist auch wahr, wann ich sage: Ohne einen Paul Henri Spaak, ohne einen Leon Blum, ohne einen Willy Brandt wäre Europa nach dem Krieg nicht möglich gewesen. Wir stehen auf Ihren Schultern.

In schwierigen Zeiten wird immer wieder die Frage gestellt: Was ist heute eigentlich links? Ich sage heute ganz einfach: Links - das ist da, wo das Herz schlägt. Mit Herz und Verstand wollen wir die Europawahlen 1994 gewinnen.

(-/8. November 1993/rs/ks)

*) Der Autor vermittelte diese Gedanken in seiner Rede zur Einbringung des Entwurfs eines Wahlmanifests der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zur Europawahl (1994) am 6. November in Brüssel.

Das demokratische Burundi stärker unterstützen

Deutschland muß dem afrikanischen Land bei der Meisterung seiner Probleme helfen

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Auch zwei Wochen nach dem zwischenzeitlich offensichtlich weitgehend gescheiterten Militärputsch in Burundi ist noch keine Ruhe in das Land zurückgekehrt. Die politische Lage ist sehr labil; und sie wird noch länger instabil bleiben. Der grausame und verheerende Folgen auslösende Militärputschversuch vom 21. Oktober ist innerhalb von vier Monaten der dritte diesmal fast geglückte Putsch nach zwei mißglückten Putschversuchen während der entscheidenden Demokratisierungsphase, den Wahlen.

Die am Leben gebliebenen Mitglieder der im Sommer 1993 demokratisch gewählten Regierung können wieder gewisse Regierungsfunktionen ausüben. Sie haben aber weder das Militär un-

ter ausreichender Kontrolle noch die Lage im Lande insgesamt. Von der Wahrnehmung echter Regierungsfunktionen ist die Restregierung noch weit entfernt. Insofern besteht weiterhin ein gefährliches politisches Vakuum. Dennoch sind die demokratischen Kräfte stärker auch auf Tutsi-Seite als vom putschenden Teil des Militärs eingeschätzt. Auch das Tutsi-beherrschte Militär ist offensichtlich gespalten zwischen Putschisten und regierungstreuen Militärs. Die Putschisten konnten sich nun ein weiteres Mal nicht durchsetzen.

Erstmals nach dem Militärputsch am 21. Oktober hat die Premierministerin Sylvia Kinigi, eine Tutsi-Angehörige, die französische Botschaft in der Hauptstadt Bujumbura für Gespräche mit Vertretern des Militärs und der Verwaltung verlassen. Sie und weitere Mitglieder der burundischen Zivilregierung hatten sich nach dem Putschversuch in die Botschaft Frankreichs geflüchtet. Premierministerin Kinigi hat inzwischen Gespräche mit der Führung der burundischen Armee über die Zukunft des Landes aufgenommen.

Wichtige Teile des von den Tutsi beherrschten Militärs, sowohl Putschisten als auch regierungstreue Kräfte, haben sich nach eigenen Angaben der demokratischen Zivilregierung unterstellt; was praktisch zum Scheitern des Putsches führte. Doch ist zur Zeit noch nicht einzuschätzen, ob alle Putschisten die Macht der Zivilregierung anerkennen. Auch über das künftige Verhalten von den putschenden Teilen der Armee läßt sich nichts Zuverlässiges sagen. Die latente Gefahr eines neuen Putsches ist deshalb noch lange nicht endgültig gebannt.

Burundi droht in einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chaos zu versinken. Nach dem Putschversuch sind über 600.000 Menschen in mehrere Nachbarstaaten geflüchtet. Das sind etwa 10 Prozent der burundischen Bevölkerung. Innerhalb Burundis sind weitere 100.000 Menschen auf der Flucht.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den traditionell verfeindeten Ethnien der Tutsi und Hutu fordern noch immer weitere Todesopfer, Verletzte, Vertriebene und führen überall im Lande zu verbrannter Erde. Eine nicht enden wollende Welle der Gewalt überzieht das kleine afrikanische Land, in dem man so hoffnungsvoll nach der ersten Demokratisierungsphase von der Aussöhnung der Tutsis und Hutus gesprochen hat. Bisher haben über 10.000 Menschen den Machtkampf in Burundi mit ihrem Leben bezahlt.

Burundi ist nach dem versuchten Militärputsch jetzt auf internationale Hilfe angewiesen. Wer die Demokratie in Burundi retten will, muß jetzt kurzfristig, wirksam und umfanglich helfen.

Bemerkenswertes Engagement der OAU

Die Organisation Afrikanische Einheit (OAU) forderte die Vereinten Nationen auf, schnellstmöglich UN-Truppen nach Burundi zu entsenden. Damit griff sie eine Forderung der demokratischen burundischen Zivilregierung auf. Die UN-Truppen sollen für das Ende der Massaker und für Ruhe und Sicherheit in Burundi Sorge tragen. Gespräche über die Entsendung einer internationalen "Schutztruppe" sollen auch mit den burundischen Militärs aufgenommen worden sein. Nach vorliegenden Informationen haben die burundischen Militärs ihren Widerstand gegen die Stationierung ausländischer Friedenstruppen aufgegeben.

Die rasche Reaktion der OAU für Burundi ist deshalb bemerkenswert, weil sich die OAU früher aus innerstaatlichen Konflikten in Afrika oftmals mit dem Argument des Prinzips der Nicht-Einmischung in die innerstaatliche Souveränität der OAU-Mitgliedstaaten herausgehalten hat. Die OAU hat den Ernst der Lage in Burundi und somit für das gesamte Schwarzafrika erkannt. Der OAU ist es offensichtlich sehr wichtig, daß Burundi auf dem demokratischen Weg bleibt. Insofern ist das Verhalten der OAU ein Signal für ganz Afrika.

Die UNO hat das Ersuchen der burundischen Regierung und der OAU nach Entsendung einer internationalen Friedenstruppe abgelehnt. Sie schlug vor, daß die OAU eine Art "afrikanische Friedenstruppe" nach Burundi entsende. Es zeigt sich hier erneut, daß die UN in solchen Situationen praktisch handlungsunfähig ist, weil ihre Forderung nach einer UN-Eingreiftruppe politisch bislang nicht durchsetzbar war.

Doch die Aufgabe der Lösung der dramatischen Probleme in Burundi darf nicht allein auf die Schultern Afrikas gelegt werden. In Burundi ist die internationale Staatengemeinschaft, ist auch die Bundesrepublik Deutschland, gefordert.

Die Bundesregierung muß ihre nationalen und internationalen Bemühungen für die Unterstützung eines demokratischen Burundi verstärken. Gemeinsame Ansprechpartner hierfür müssen für die Bundesregierung Frankreich, Belgien und die USA sein. Außerdem muß eine Abstimmung aller Maßnahmen innerhalb der EG erfolgen.

Die Bundesregierung ist insbesondere aufgefordert, wie es die US-Regierung gemacht hat, an die burundische Armee zu appellieren, von der viele führenden Angehörige in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet worden sind, in den Kasernen zu bleiben und die politische Führung anzuerkennen sowie die Gewalt zwischen den Ethnien zu beenden.

Auch die Empfehlungen des Deutschen Bundestages sind rasch umzusetzen.

(-/8. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Das dynamische Paradoxon der "Eingeschlossenen Gesellschaft"

"Eingeschlossene Gesellschaft" - unter diesem Titel hat Dr. Peter Stadler, Soziologe und Schriftsteller in Bonn, einen Roman über die Menschen innerhalb der Bannmeile des Regierungsviertels geschrieben. Bei der Vorstellung seines Buches umriß der Autor, langjähriger Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, Intention und Motiv seiner Arbeit. Das Buch ist im Bonner Bouvier-Verlag erschienen, die Präsentation erfolgte am 5. November im 29. Stockwerk des "Langen Eugen"; gewissermaßen am Tatort. Wir dokumentieren Auszüge aus Stadlers Rede.

Sollte irgendjemand irgendwann es tatsächlich einmal geschafft haben, - das, was Herr Grundmann mir gerade freundlicherweise unterstellt hat -, nämlich einen Roman, der diesen Namen auch verdient, über das politische Bonn geschrieben zu haben, dann sähe er sich unvermittelt einem doppelten Dilemma ausgesetzt: Da er nicht wenig zur Sprache gebracht hat von dem, was dieses Milieu so unverwechselbar macht, dieses stupide Nicht-zur-Kennntnis-nehmen dessen, was über die klassische Tagespolitik hinausgeht, dieses gigantische Aneinandervorbelahren von hochenergetischen Menschen, die beauftragt oder nicht, ihre jeweiligen Interessen vertreten und nichts anderes, - jener Meister der Monologe und das ange strengten Weghörens -, wird er sich nicht wundern dürfen, wenn seine eigene Geschichte lautlos unter den Tisch fällt. Dies ist systemimmanent logisch und zwingend, so daß unser Autor in seinen luzid-selbstkritischen Augenblicken das Schicksal des Ungehörtseins fatalistisch vorausahnt.

Andererseits wird er sich gerade damit natürlich so leicht nicht abfinden wollen. Aller Erfahrung zum Trotz gibt kein Autor die Hoffnung auf, Einfluß zu nehmen, Anstöße zu geben, Dinge zu verändern. In seinem Fall jedoch wäre ein zur-Kennntnis-nehmen durch die Betroffenen paradoxerweise die schlimmere Alternative. Es wäre sozusagen der falsche Beifall von der richtigen Seite. Denn unser Autor hätte ja mit viel Mühe und Akribie atmosphärisch und analytisch nicht nur literarisch zum Ausdruck gebracht, wie sehr die Menschen in diesem politischen Milieu information-overload sind. Wie sehr sie, im Wechselbad der Ereignisse, keine Konzentration mehr aufbringen können auf das, was prinzipiell ihren way of life infrage stellt und Horizonte aufscheinen läßt. So kann man sagen, daß dieser Autor nichts mehr fürchten muß als Reaktio-

nen der Nachdenklichkeit von solchen Leuten, die immer wieder beweisen, wie sehr sie fünf Dinge gleichzeitig tun können.

Was sind das für Leute? Wo der homo politicus auftritt - um nicht mißverstanden zu werden: hiermit sind keinesfalls nur die 662 Abgeordneten des Deutschen Bundestages gemeint - wo der homo politicus als Typus auftritt, dort werden Vertretbarkeit und Trennbarkeit zu entscheidenden Werten. Zum homo politicus wird man - oder frau - durch vielfältige Abschiede: - von den Freunden, von der Familie, durch langwierige Trainingseinheiten, die ihn aus seiner jeweiligen Intimität herausbrechen.

Nur wer das Sichdistanzieren vom Nahen und Konkreten geübt hat, kann das Allgemeine und Abstrakte repräsentieren.

Es ist mühsam erschütternd, zu welcher Meisterschaft es manche seither auf diesem einsamen und steinigen Feld gebracht haben und bringen. Das alles könnte man in diesem Roman lesen, kaum kaschiert, kaum verbrämt. Mehr noch: Man könnte lesen, daß der homo politicus, über die Nötigung zu einem Höchstmaß an physischer Fitness hinaus, vor allem geübt ist im dillettieren und delegieren. Er organisiert sein Leben um ein permanentes Delegieren herum, um ein Schelmen und Präsentieren, um ein ununterbrochenes Diskutieren über strittige und eilige Problem Massen. Der politische Prozeß baut schließlich mehr menschliche Ressourcen ab, als er selbst erzeugen oder regenerieren kann. Insofern ist er autopoietisch wie ein Krebs und ephemere wie ein Feuerwerk, sagt unser Autor, der die Bilder sucht und nicht die staubtrockene Analyse.

*

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihnen bräuchte dieser Autor zweifellos nicht zu erläutern, wie sehr dieses politische System in Bonn selbstreferentiell geworden ist, so daß im Grunde nur gesehen wird, was dem politischen Überleben seiner Akteure dient. Im Regierungsviertel ist es schwer, von anderem zu reden. Zudem weiß unser Autor: Es wäre ein Stück Narrenspiel, im Zentrum der Macht etwas zu präsentieren, was dieser Macht zwar nicht an den Kragen will, aber dennoch unangenehme Dinge anspricht und einfordert. Nicht nur wäre - wie gesagt - eine absolute Folgenlosigkeit die logische Folge, schlimmer noch: Seine Kritik würde von den Mächtigen instrumentalisiert. Sie könnten und würden behaupten, wie tolerant sie doch dem Andersdenkenden gegenüber sind, so tolerant, daß sie selbst den Wolf im Schafspelz in ihren geschlossenen Reihen leben lassen. Sollte das wider Erwarten nicht verfangen, würde unser Autor anschließend zum Narren stigmatisiert. Das ist subtiler und trifft härter.

Als Narr entspricht er, gerade weil er Normen bricht und sich als Normenbrecher lächerlich macht, der schönsten Norm des Normalen. Unser Autoren-Narr wird in eine Schublade gelegt und abgelegt. Er darf mit höchster Genehmigung, mit amtlicher Beglaubigung sozusagen, die Realität überschreiten, darf sich als Ungleichzeitiger und als Grenzgänger, als der Bote der verkehrten Welt gebärden. Je verrückter nämlich der Gegenspieler des Mächtigen, um so würdiger wirkt der Mächtige. Oder allgemeiner: Je unmöglicher die Alternative, um so wohltuender scheint das wärmende Gewohnte.

Um dieses Narrenspiel zu beenden, und weil das doppelte Dilemma für ihn nicht zu lösen ist, geht unser Autor mit seiner Kritik an den bestehenden herrschenden Verhältnissen schließlich, wenn nicht in's Exil, so doch in die Provinz ... zu einem anderen Publikum, ...

Dort müßte man begreifen, meint er, warum sein Roman von den Herrschenden, von den Mitgliedern einer eingeschworenen Gemeinschaft, nicht mehr zur Kenntnis genommen wird, dennoch zur Kenntnis genommen werden müßte, um alternative Wege zum Bestehenden einzuschlagen.

Auch wenn noch niemand so richtig anzugeben wüßte, was dieser oder jener Politiker anders machen sollte, so spürt doch jeder provinzielle und selbst amateurhafte Beobachter des Treibens in Bonn, daß es nicht genug sein kann, wenn Volksvertreter mit einer Art von betriebsblinder Leistungsbereitschaft lange Arbeitstage in Ausschüssen absitzen und scheinbar über alles

bestens Bescheid wissen. Wie sehr sie, so könnte man pointiert sagen, Prinzipienlosigkeit als Prinzip vertreten und damit eine neue Pseudo-Kultur schaffen. Wie sehr sie Opportunismus als Wert verinnerlichen und ihn zu ihrer Königsphilosophie machen. ...

Was den beunruhigten Zeitgenossen "draußen im Lande" an so vielen Politikern ins Auge springt -, daß sie so selten auf der Höhe der globalen Herausforderungen scheitern - intellektuell fast nie, moralisch gelegentlich, pragmatisch mehr schlecht als recht -, macht natürlich einen gehörigen Teil der grassierenden Politikverdrossenheit aus - und gilt gleichwohl mit noch größerem Recht für die Nichtpolitiker, d.h. für Leute, die nicht begriffen haben, daß das politische Virus sie längst selbst infiziert hat. Das ist der Punkt. Bei uns sitzt nicht die Nachdenklichkeit in der ersten Reihe. - Klar. Aber wie soll man benennen, was hinter der ersten Reihe sitzt? Im schlimmsten Fall glaubt nämlich kein Mitglied dieser Gesellschaft mehr im Ernst, daß diese Gesellschaft die seine sei. Die sozialen Bänder schleifen im Leeren.

Eine Vorahnung von den schlimmsten, anders gearteten Möglichkeiten - der Atomisierung von Gesellschaften - liegt in der Luft. Das Zeitalter "ohne Synthese", von dem Robert Musil so eindringlich sprach und warnte, beginnt bittere Wirklichkeit zu werden. Das also in etwa wäre das Credo des Romans unseres Autors.

Möglicherweise fragen Sie sich jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, warum ich hier im Konjunktiv rede. Nicht aus falscher Bescheidenheit, nein, es ist ganz einfach so, daß diesen Roman meines Wissens noch niemand geschrieben hat. Es gibt natürlich Ansätze. Prof. Klaus Outland, einer der Protagonisten meines eigenen Romans der eingeschlossenen Gesellschaft, hat sich selbst an einem Bonn-Roman probiert, ihn aber - aus mir nachvollziehbaren Gründen - nicht zu Ende gebracht. An ihn, vor allem dachte ich bei jenem Autor, dem der Roman gelingen könnte. Ich selbst habe nicht seine Radikalität, wünsche sie mir nicht einmal. Noch glaube ich mit Albert Camus, daß am Menschen mehr zu bewundern als zu verachten ist. Auch am Politiker. Noch bin ich davon überzeugt, daß die Wirklichkeit und Wirksamkeit des politischen Alltags mit seinen Zwängen und Gesetzen allemal stärker ist als der gute Wille eines einzelnen und daher vieles an dem zu verstehen ist, was die deformation professionelle des Politikers ausmacht.

Outland und ich. wenn Sie zum Schluß noch diesen Kunstgriff erlauben, haben eine gemeinsame Erfahrung: Die "eingeschlossene Gesellschaft" verbirgt ein dynamisches Paradoxon: wir gehören mit denen zusammen, mit denen wir nicht zusammengehören - ja, wir suchen fast widersinnig ihre Nähe. ... Ich weiß nun nicht so recht, ob ich Sie als Mitglieder jener "eingeschlossenen Gesellschaft" begrüßen oder gar beglückwünschen soll, die ich in meinem Roman thematisiert habe. Vielleicht gehören Sie dazu - vielleicht auch nicht. Vielleicht sind Sie - mehr oder weniger zufällig - in den magischen Bannkreis einer Gesellschaft geraten, die von ihrer Exklusivität noch gar nichts weiß.

Fragen Sie sich, was diese "eingeschlossene Gesellschaft" ausmacht. Welches sind die Kriterien, um ihre Mitglieder zu identifizieren? Wie verhalten sich die Menschen in ihr? Welche Normen bestimmen dann ihren Moralcode? Sie können, wenn Sie wollen, ein paar Antworten hierauf in meinem Buch finden. Und schließlich gibt es einen sicheren Indikator dafür, ob Sie selbst zu dieser eingeschlossenen Gesellschaft gehören oder nicht. Sollten Sie zu denjenigen zählen, die das Buch lesen, werden Sie sich anschließend ein paar Fragen stellen. Wenn nicht, gehören Sie, glaube ich, dazu.

(-/8. November 1993/rs/ks)
